

Krieg dem imperialistischen Kriege!

Die Klassenarmee der 100 000

Berlin, 2. August. (Eigener Drahtbericht.)

Die gestrige Antikriegsdemonstration im Berliner Lustgarten, zu der die kommunistische Partei aufgerufen hatte, war ein glänzender Erfolg, ein Schlag ins Gesicht der Kriegsheer- und Kameleuden. Im Lustgarten marschierte gestern eine Armee entschlossener Arbeiterkämpfer auf, die keinen Zweifel darüber ließ, daß sie jeden Versuch zu einem neuen imperialistischen Krieg mit dem Bürgerkrieg beantworten wird.

Schon 12.30 Uhr rückten von allen Seiten die Jüge aus allen Bezirken mit einem Meer von roten Fahnen und Transparenten, scharf charakterisierten Bildern usw. an und schlossen sich zu einer

Rundgebung von weit über 100 000 Personen.

zu denen außer einigen Abgeordneten Führer des Roten Frontkämpferbundes, der Kriegsbeschädigten und für den Sozialistischen Bund Lebedour sprachen.

Die Demonstration, in der der Rote Frontkämpferbund und Jungtürk durch glänzende Disziplin große Begeisterung erregten, war von einem großartigen Kampfesgeist getragen. Kein Zeichen von Ermüdung war vorhanden, trotzdem die Berliner Arbeiterschaft in der letzten Woche durch Zoll- und Antikriegsfundgebungen in den Bezirken, die ebenfalls sehr gut besucht waren, sehr in Anspruch genommen war.

Die Schupo, zu deren Kommandierung der Polizeipräsident persönlich erschienen war, ließ keine Provokation unversucht. Ziellos wurden Arbeiter aus dem Zuge heraus verhaftet, Plakate gegen Hindenburg beschlagnahmt, und sogar die Kindergruppen, die sich auf der Museumstreppe zunächst unbehindert aufgestellt hatten, wurden durch ein großes Polizeiaufgebot mit Gummiknüppeln heruntergejagt. Abgeordnete wurden schikaniert. Sogar die bürgerliche Presse mußte gegen die Schikanen Front machen. Nur die glänzende Disziplin der Demonstranten verhinderte Zusammenstöße. Der Rote Frontkämpferbund, der nach der Rundgebung am Polizeihinterhalt vorbeimarschierte, gab allerdings den blauen Ordnungsführern zu erkennen, daß auch proletarische Geduld ein Ende haben kann.

Leipzig im Zeichen der Roten Front

Leipzig, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Am gestrigen Sonntag fand in Leipzig unter starker Beteiligung aus ganz Mitteldeutschland der mitteldeutsche Antikriegstag statt.

Aus Chemnitz, Dresden, Halle, Merseburg, Magdeburg und Thüringen waren Abteilungen Roter Frontkämpfer erschienen, um gemeinsam gegen den drohenden imperialistischen Krieg und die deutsche und Weltreaktion zu demonstrieren.

Die gestrige Rundgebung war bisher in Leipzig die größte und wichtigste, die je eine Partei veranstaltet hat.

Die Demonstranten marschierten aus allen Himmelsrichtungen in geschlossenen Zügen, nachdem sie vorher in den Arbeitervierteln der Vorstädte demonstriert hatten, nach dem riesigen Augustusplatz, wo sich bereits viele Demonstranten eingefunden hatten. An der Rundgebung auf dem Augustusplatz beteiligten sich nach den vorgenommenen Zählungen mindestens

50—60 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Nach kurzen Ansprachen formierte sich ein wichtiger Demonstrationzug, der durch die innere Stadt nach dem Westen Leipzigs marschierte.

Tausende und Abertausende standen Spalier, größtenteils mit roten Abzeichen versehen. Der Vorbeimarsch der Demonstrationssäuge dauerte über 1 1/2 Stunden.

Eine ungeheure Anzahl mächtiger roter Fahnen und Transparente mit den verschiedensten Parolen gaben dem Demonstrationszug ein imposantes Gepräge. 15 Wagen stellten lebende Bilder aus dem Weltkriege dar und zeigten die Aufgaben des Proletariats. Besondere Heiterkeit erregte ein Wagen, auf dem sich Scheidemann und Lubendorff die Hand reichen, ferner ein Wagen, der bildlich die Koalitionspolitik der SPD. mit den Pfaffen und reaktionären Parteien darstellte. Besonders fiel auch auf die starke Beteiligung der Frauen, die alle mit roten Kopfschmücken und zum Teil in Frontkämpferuniform aufmarschierten.

Das Proletariatsviertel Leutzsch empfing die Demonstranten mit roten Fahnen und Girlandenschmuck. Aus den Fenstern wurden Blumen unter die Demonstranten geworfen.

Auf dem Gemeindeparkplatz in Leutzsch sprach unter tosendem Beifall Genosse Thalman zu den Massen. Unter

Erfolge der englischen Gewerkschaften

Die Bergarbeiter behalten die Siebenstundenschicht.

WIS. London, 1. August. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ feiert den „Großen Sieg der Arbeitersolidarität, der am „Roten Freitag“ erfochten worden sei und den man die Keimzelle als größten in der Geschichte der Arbeiterbewegung überhaupt bezeichnen könne. Der Premier und die Arbeitgeber hätten die Forderung geäußert der solidarischen Haltung der Gewerkschaften, die sich hinter die Bergleute gestellt haben.

E.P. London, 1. August. Der Sekretär der Grubenarbeitergewerkschaften, Cool, hat der Presse eine Darlegung gegeben, in der bestätigt wird, daß der Vollziehungsausschuß die Bergbände angewiesen hat, den Streik nicht zu eröffnen. Die Lohnverhältnisse würden bis zum Frühjahr unverändert bleiben.

Das „fromme England“

Die „Brawds“ in England verboten!

London, 2. August. (Telunion.) Der englische Innenminister hat der Sunday Express zufolge die russische Zeitung „Brawds“ bis auf weiteres verboten, angeblich wegen eines in diesem Blatt erschienenen gotteslästerlichen Artikels.

Abrüstung, wenn ...

London, 3. August. (Telunion.) Der erste Lord der Admiralsität hat während einer Rede über das Schiffsbauprogramm erklärt, daß die Regierung dazu bereit sei, an Besprechungen über die internationale Abrüstung teilzunehmen, wenn diese mit den Interessen des englischen Imperiums in Einklang ständen.

Abhängen revolutionärer Vieder wurde diese mächtige und imposante Kundgebung geschlossen.

Der Aufmarsch im Ruhrgebiet

Essen, 2. August. (Eigener Drahtbericht.)

Der Sonntag stand im Zeichen des Aufmarsches der Klassenbewußten Proletariats. Die kommunistische Partei hatte zu Antikriegsfundgebungen in Duisburg, Mülheim, Hamborn, Oberhausen, Gelsenkirchen, Dortmund, Essen und Hamm aufgerufen. In allen Orten folgten große Massen den roten Fahnen und legten das Gelöbnis ab, gegen Krieg und Kriegsgefahr zu kämpfen.

Die Rote Front erhielt ihre Bedeutung noch besonders dadurch, daß es der erste Sonntag im geräumten Ruhrgebiet war. Überall verfluchten die Faschisten die Krümmung zu Provokationen auszunutzen, verschwanden aber fluchtartig, wenn die Arbeiter erschienen.

Der sozialdemokratische Regierungspräsident Bergmann hatte im letzten Augenblick Kundgebungen in den rheinischen Städten verboten, aber trotzdem waren auch in dem rheinischen Bezirk die Demonstrationen machtvoll und bezeugten, daß die Arbeiterschaft sich nicht die Strafen verbieten läßt. Verschiedentlich kam es in den rheinischen Städten zu Zwischenfällen, wogegen in den westfälischen Städten die Kundgebungen reibungslos verliefen.

Bergmann hatte in Mülheim und Hamborn mehr als 3000 grüne Polizisten zusammengezogen.

In allen Orten schlossen sich Reichsbannerleute an den Kundgebungen an.

Riefendemonstration in Dortmund

Dortmund, 2. August. (Eigener Drahtbericht.)

Ein großer Teil der Demonstranten in Dortmund, wo mehr als 20 000 Arbeiter aufmarschierten und die Straße beherrschten. Die Arbeiter von Essen demonstrierten in Mülheim. Am Sonntag findet ein zentraler Aufmarsch des Bezirks Ruhr in Düsseldorf und Essen statt.

10 000 Demonstranten in Mannheim

Mannheim, 2. August. (Eigener Drahtbericht.)

Über 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen an der Kundgebung teil, die von der KPD organisiert war, auf die den Massen, unter denen besonders Gruppen des Roten Frontkämpferbundes aus Baden, Hessen-Nassau, Frankfurt am Main, Hannover, Braunschweig, Mecklenburg und Ostpreußen.

Nieder mit den Grenzpfählen

Die Rote Front an der Grenze

Unsere tschechoslowakische Brudergeneration hat am vergangenen Sonntag zu einem internationalen Mass Meeting in Teplitz aufgerufen. Aus den tschechischen Grenzbezirken, von Freiberg bis in die schweizerische Schweiz, waren die Roten Frontkämpfer und die KPD-Massen aufmarschiert, um die internationale Kampffront zu verstärken. Bereits am Sonnabend nachmittag waren mehrere Trupps der deutschen Genossen über die Grenze gelangt. Am Sonnabend abend jedoch wurde in Zimmwald von der tschechoslowakischen Regierung der Übergang der Grenze mit Tagesausweisen gesperrt. Abends in der neunten Stunde rückten circa 5-600 Rote-Front-Genossen aus Jena, Heidenau und Freital in langem Zuge mit dem roten Front-Banner und Musik an der Spitze, von Genosse Lammend, von Sächsisch-Zimmwald auf die Grenze zu. Nach dem Bericht des „Dresdener Anzeigers“ wurde an der Station den Demonstranten der Grenzübergang verweigert. Die Teilnehmer des Zuges brachten darauf wiederholte Hochrufe auf Moskau aus, langen kommunistische Lieder und stimmten in den Ruf „Nieder mit den Grenzpfählen“ ein. Da die Dunkelheit hereinbrach, wurden die Demonstranten in Gaitshausen, Scheunau und in der Nähe der benachbarten Ortschaften untergebracht, ein anderer Teil übernachtete im Freien. Man errichtete Steinhaufen und pflanzte darin die rote Fahne auf, so daß am Sonntag morgen an der Grenze entlang die roten Fahnen zu sehen mit dem Sowjetzeichen wehten. Frühmorgens 6 Uhr formierte sich ein neuer Zug, der mit Musik bis an die Station heranmarschierte. Im Ru war die Grenzüberquerung mobilisiert und versperrte den Grenzübergang. Im letzten Augenblick lenkten die Demonstranten wieder nach Sachsen zu und rückten in der Richtung nach Altenberg ab. Während der ganzen Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hielten die Roten-Front-Genossen an den Grenzen der demokratischen Republiken unter den Gewehren der Masarni-Söldner die rote Wacht.

Weitere Ausdehnung des französischen Bankbeamtenstreiks

Paris, 3. August. (Telunion.) Der Streik der französischen Bankbeamten hat sich auf St. Etienne und Boulogne ausgedehnt.

Die französisch-spanischen Friedensvorschläge überreicht

Paris, 3. August. (Telunion.) Aus Tanger wird gemeldet, daß Primo de Rivera zwei Bevollmächtigte Abd el Krims empfangen und ihnen die französisch-spanischen Friedensbedingungen überreicht habe. Daraufhin sind die Bevollmächtigten wieder zu Abd el Krim zurückgereist.

Borläufig keine französischen Verhandlungen mit Abd el Krim

Paris, 3. August. (Telunion.) Man erfährt am Quai d'Orsay, daß von Frankreich bisher keine Verhandlungen mit Abd el Krim eingeleitet worden seien.

Kriegsrat bei Abd el Krim

Paris, 3. August. (Telunion.) In Adier hielt Abd el Krim einen Kriegsrat ab, an dem sämtliche Führer der regulären Kräfte sowie sämtliche Hauptlinge der Krimmilizen teilnahmen. Allem Anschein nach werden hauptsächlich die spanisch-französischen Friedensbedingungen diskutiert werden.

Wahre, und das ist in der Gegenwart nicht angebracht. Er tröstete sich am Schluß damit, daß die Steuerreform in Deutschland auch nicht tiefer liege als in anderen Ländern.

Genosse Könen

bejahen, dann mit diesen Ausführungen des Herrn Staatssekretärs. Er wies darauf hin, daß diese Rede mit aller Deutlichkeit bewiesen hat, daß er und die deutsche nationale Regierung gar nicht ernstlich an eine Verfolgung der Steuerreform und Hinterziehung denken. Die Offenlegung der Steuerlisten ist ein Mittel, die Steuerreform zu heben und die Steuer beizubehalten. Aber nicht nur das lehnte die Regierung ab, sie befehligt auch die Kontrollmaßnahmen, die von früheren Regierungen unter Erzberger und Debraunz eingeführt wurden. Seine Ausführungen beweisen, daß er nur der politische Beauftragte einer ganz bestimmten Interessengruppe ist. Wenn er sagt, die Offenlegung der Steuerlisten vergifte die politische Atmosphäre, so bezeugt er damit nur, daß die Regierung weiß, daß heute in Deutschland keine politischen geschoben und geschwindelt wird. Das zu organisieren ist die Hauptbeschäftigung des Reichslandbundes, des Reichsverbandes der deutschen Industriellen.

Man hat die Umsatzsteuer mit in dieses sogenannte Verkehrssteuergesetz eingereiht, es aber nicht in das Verbrauchssteuergesetz gebracht, wo es hingehört. Man will den Einkünften erzwungen, als ob die Befehlenden zu dieser Umsatzsteuer irgend etwas beitragen.

Die Börsenumsatzsteuer wie die Kapitalverkehrssteuer gehören mit zu den Steuern, die derzeit viel Hintertüren für Kapitalisten offen lassen, daß sie sich glänzend vom Steuerzahler drücken können.

Wenn Sie jetzt die Umsatzsteuer um einviertel Prozent ermäßigen wollen, so bringt das nicht die geringste Senkung des Steueraufkommens, denn durch das immer härtere Anmahnen der Preise wird jede Differenz aufgehoben. Als vor einem Jahre die Umsatzsteuer um einhalb Prozent herabgesetzt wurde, trat kein Rückgang, sondern ein immer zunehmendes Anwachsen der Erzeugnisse ein.

Diese Steuer ist die brutalste und rücksichtsloseste, denn sie belästigt die Arbeiter, den Angestellten, den kleinen Landwirt mehrmals.

Genosse Könen wies dann darauf hin, daß die Sozialdemokraten, die auch gegen diese Steuer auftreten, die Väter dieser Wuchersteuer sind. In dem Genosse Könen Forderungen des Deutschen Beamtenbundes gegen diese Umsatz- und Verbrauchssteuern verliert, stellt er fest, daß die darin geforderten Steuerentlastungen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter nur wirklich von den Kommunisten vertreten werden, die sich rücksichtslos für die Beilegung dieser Steuern aussprechen.

Keine Potemkinschen Dörfer in Sowjetrußland

Eine bürgerliche Stimme über die Arbeiterdelegationen

Je günstiger die Berichte lauten, die die sozialdemokratischen Arbeiterdelegierten über ihre Studien abgeben, desto fanatischer, gemeiner und niederträchtiger heßt und verdammt die sozialdemokratische Prehstanz die eigenen Genossen. Nun befaßt sich auch bürgerliche Zeitungen mit den Arbeiterdelegationen. So veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung“ Nr. 553 vom 28. Juli einen Bericht ihres Korrespondenten aus Moskau. Dieser Bericht straft alle die Lügen, die den deutschen Arbeitern vorschwindeln, die Arbeiterdelegation sei bestochen, sowie dumm, unerfahren und im übrigen bekämpfe sie doch nur „Potemkinsche Dörfer“ zu sehen. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt unter anderem:

„So ist in der Tat nicht anzunehmen, daß man den deutschen Arbeitern Potemkinsche Dörfer zeigen wird. Wenn es nötig wäre, solche Illusionen zu erzeugen, so hätte man die Güte wahrscheinlich nicht eingeladen. ... Der deutsche Arbeiterdelegierte wird auch erfahren, daß manche Betriebe viel zu teuer und mit Verlust arbeiten. Man wird ihm auch nicht verhehlen, daß die öffentlichen Anleihen des Staates etwa in der Art unserer Zehnjährigen auf die Kriegsanleihen durch die Unternehmungen an den Arbeiter gebracht werden. Auf der anderen Seite ihm die Rolle der Betriebsräte erklärt werden, die auch nicht allmächtig sind, er wird die Sanatorien und Erholungsheime für Arbeiter kennen lernen, die weitgehenden Einrichtungen für ärztlichen Beistand usw.“

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt ferner:

„Das Wesen des Sowjetstaates ist nicht in diesen Einzelheiten zu suchen, sondern in seinem Bestreben, die Bildung eines neuen und selbstherrlichen Kapitalismus zu verhindern.“

Ein Satz, den sich die „Freunde“ Barmats, die Heilmann, Bauer und Co. hinter die Ohren schreiben sollen. Der bürgerliche Journalist schreibt:

„Was die fremden Gäste in der Heimat berichten werden, ist ihre Sache. Auch sie dürfen der Wahrheit die Ehre geben. Denn so, wie die Dinge heute liegen, kommt es wirklich nicht darauf an, roßig zu malen, was nicht roßig ist. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß in Rußland die Sowjets herrschen und die schwachen Anfänge des wirtschaftlichen Wiederaufbaues überwinden haben.“

„Der Wahrheit die Ehre geben“, das fürchten die sozialdemokratischen „Führer“ wie die Pest, denn in Deutschland sind mit ihrer Mitwirkung die „Sowjets“ abgewürgt worden, ihre „Realpolitik“ hat nicht zum „wirtschaftlichen Wiederaufbau“, sondern zum Abbau, in den Dameschwindel geführt.

Skandalöse Behandlung der aus Polen ausgewiesenen Optanten

Schneidemühl, 2. August. (Eigene Drahtmeldung.) Seit gestern abend kommen die ausgewiesenen deutschen Optanten über die Grenze. In Schneidemühl ist ein Konzentrationslager in den ehemaligen Flugzeughallen der Albatroswerke eingerichtet, dessen Zustände jeder Beschreibung spotten. Trotzdem die preussische Regierung seit dem 1. August 1924 weiß, daß ab 1. August 1924 die deutschen Optanten ausgewiesen werden, ist keine Fürsorgemaßnahme getroffen worden. Im Preussischen Landtag wurden zwar im Mai 60 Millionen Mark für die Ausgewiesenen bewilligt, die preussische Regierung hat aber bis jetzt vergessen, Anweisung zur Auszahlung des Geldes zu geben. In den Flugzeughallen sind jetzt 230 Kojen mit einfachen Betten eingebaut, deren Umfang 10-20 Quadratmeter beträgt. Jede Koje soll zur Aufnahme von 4-15 Personen dienen. Jetzt werden aber in den Kojen sogar drei Familien untergebracht. Sie werden deshalb durch Vorhänge in mehrere Räume eingeteilt.

Am Donnerstag mußte ein großer Teil der vertriebenen Landarbeiter, Kleinlandwirte und Handwerker im Freien und im Regen kampieren. Bis jetzt befinden sich ungefähr 7000 Personen im Konzentrationslager.